



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 01.05.2026 bis 08.05.2026

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Afghanistan: Kein Ort ist Heimat - Das Leben als Christ	3
Algerien: Seit 2017 alle protestantischen Kirchen geschlossen	5
Äthiopien: Weigerung, Jesus abzulehnen, bedeutet Todesgefahr	6
Äthiopien: "Das Leben ist heilig und unantastbar"	7
Bolivien: Wirtschaftskrise führt zu sozialen Spannungen	8
China: "Marienmonat Mai"	9
Deutschland: Amokfahrt in Leipzig	10
Deutschland: Jugendamt holt sechs Kinder aus christlicher Einrichtung	11
Deutschland: „Evangelium21“- Aufruf zum Bekenntnis und zur Standhaftigkeit	12
Indien: BJP baut Macht in den Bundesstaaten aus	13
Indonesien: Lokaler Widerstand verhindert Kirchenbau	14
Iran: Christin an unbekanntem Ort inhaftiert	15
Israel: Nach Angriff auf Nonne	16
Mosambik: IS – Terror	17
Mosambik: Nach Brandanschlag auf Kirche in Meza	18
Mosambik: Terroristische Anschläge in Cabo Delgado	19
Nigeria: Fulani-Angreifer töten 11 Christen	20
Nigeria: Terror geht weiter	21
Nordkorea: Gefangene erhalten Menschenrechtspreis	22
Pakistan: Gesetz zur Eindämmung von Kinderheirat verabschiedet	23
Russland: Erneuter Schuldspruch gegen buddhistischen Leiter	25

Afghanistan: Kein Ort ist Heimat - Das Leben als Christ

ICC-Nachrichten & Berichte – In dieser Welt gibt es nur wenige Gewissheiten. Doch für afghanische Christen ist eines klar: Als Christ im von den Taliban kontrollierten Afghanistan bekannt zu sein, birgt tödliche Gefahr. In diesem Land mit 44 Millionen Einwohnern machen Muslime mehr als 99 % der Bevölkerung aus.

Kurz nachdem die Taliban im August 2021 die Kontrolle über Afghanistan zurückerobert hatten, erklärten sie, dass sich keine Christen mehr im Land befänden.

Obwohl die Taliban behaupteten, es gäbe keine Christen mehr, gibt es sie doch noch – sie überleben nur, indem sie unsichtbar bleiben. Berichten zufolge durchsuchten die Taliban Haus für Haus und Smartphones auf der Suche nach Anzeichen für eine Bekehrung zum Christentum. Diese Realität unterstreicht das zentrale Problem: Afghanische Christen müssen sich verstecken, um zu überleben.

Auch für andere religiöse Minderheiten, darunter Sikhs, Hindus und der letzte jüdische Einwohner des Landes, wurde die Lage äußerst prekär.

Es mag heute seltsam anmuten, doch es gab eine Zeit, in der die Vereinigten Staaten und radikale islamische Afghanen Verbündete waren. Beide versuchten, die Ausbreitung der gottlosen Ideologie zu verhindern, die durch die sowjetische Invasion in Afghanistan im Dezember 1979 ins Land gebracht worden war. Diese ungewöhnliche Partnerschaft bereitete den Boden für zukünftige Ereignisse.

Nachdem dieses Bündnis endete, ging der sowjetisch-afghanische Krieg 1989 zu Ende und hinterließ ein Machtvakuum in Afghanistan. Dies ermöglichte den Aufstieg kampferprobter islamischer Extremisten, die sich dem Wandel des Landes hin zum Säkularismus widersetzen.

Solche Eigenschaften trugen zwar dazu bei, die Sowjets fernzuhalten, waren jedoch für religiöse Minderheiten nicht besonders förderlich.

Lange Zeit war Afghanistan durch eine beträchtliche religiöse Vielfalt gekennzeichnet. Nachdem die Taliban jedoch 1996 erstmals die Macht übernommen hatten, flohen die meisten religiösen Minderheiten aus dem Land, was eine bedeutende Wende darstellte.

Nach dem Sturz der Taliban Ende 2001 soll das Christentum einen (wenn auch vorsichtigen) Anstieg an Popularität verzeichnet haben.

Die afghanischen Behörden schienen dies zur Kenntnis genommen zu haben: Im Juli 2013 forderte ein Mitglied des afghanischen Parlaments eine Untersuchung zur Ausbreitung des Christentums in seinem Land. Am selben Tag verlangten vier weitere Parlamentsmitglieder die Hinrichtung aller zum Christentum konvertierten Personen.

Zu diesem Zeitpunkt befand sich das, was in Afghanistan einer Kirche am nächsten kam, in der Hauptstadt Kabul, wo die italienische Botschaft eine Kapelle ausschließlich für ausländische Mitarbeiter unterhielt. Doch selbst dieser begrenzte Ort wurde nach der Rückkehr der Taliban-Herrschaft im August 2021 als inakzeptabel angesehen.

Vor dieser zweiten Machtübernahme durch die Taliban gab es in Afghanistan bis zu 12.000 Christen.

„Elias“, ein in den Vereinigten Staaten lebender afghanischer christlicher Pastor, ist sich sicher, dass sich noch mindestens 5.000 Christen in Afghanistan befinden. Und er fügte hinzu, dass es wahrscheinlich noch mehr seien.

„In Wirklichkeit gibt es immer noch Gläubige“, sagte Elias. „Aber sie leben völlig im Verborgenen“ und verbergen ihren Glauben „sogar vor ihren Familienangehörigen“. Der christliche Gottesdienst in Afghanistan ist zwangsläufig ein unsichtbares Unterfangen, das „in Stille und Angst überlebt“, fügte er hinzu.

Diese afghanischen Christen wären wahrscheinlich lieber woanders, aber nicht jeder hat diese Möglichkeit. Wie Elias erklärte: „Das Land zu verlassen ist nicht einfach. Es erfordert Ressourcen, Beziehungen und oft ein großes persönliches Risiko.“

Für die meisten Afghanen, unabhängig von ihrer Religion, kann es schwierig sein, Pässe und entsprechende Visa zu erhalten. Viele Flüchtlinge sind daher auf Menschenschmuggler angewiesen. Die Kosten für solche Dienste können leicht 2.000 Dollar übersteigen – eine Summe, die viele Afghanen in einem Jahr verdienen.

Auf der Suche nach höheren Gewinnen packen Schmuggler unter Umständen 30 Menschen in einen einzigen Kleinbus. Oder sie misshandeln die Menschen, um sie dazu zu zwingen, Angehörige anzurufen und mehr Geld zu überweisen. Oder sie lassen die Menschen an einem illegalen Grenzübergang zurück.

Manche Flüchtlinge müssen drei oder vier Länder durchqueren, bevor sie „relative Sicherheit“ finden, sagte Elias.

Viele Afghanen sind in Nachbarländer wie den Iran, Pakistan oder die ehemaligen sowjetischen Staaten Zentralasiens geflohen. Aber als Afghane an solchen Orten zu leben, sei „unsicher und gefährlich“, sagte Elias. Daher neigen sie dazu, diese Länder als Durchgangsorte und nicht als endgültige Ziele zu betrachten.

Seit August 2021 sind etwa 3,5 Millionen Afghanen aus dem Land geflohen. Die meisten von ihnen sind jedoch – auf die eine oder andere Weise – nach Hause zurückgekehrt.

In nur sieben Monaten des Jahres 2025 kehrten mehr als 1,9 Millionen Afghanen aus den Nachbarländern zurück.

Mehr als die Hälfte von ihnen wurde abgeschoben, doch viele andere waren im Ausland mit derart trostlosen Lebensbedingungen konfrontiert, dass sie aus eigenem Antrieb zu den Taliban zurückkehrten.

Eine Rückkehr kommt für Elias nicht in Frage, der es bei weitem vorzieht, als Christ in den Vereinigten Staaten zu leben. Er sagte, es gebe keine verlässlichen Statistiken über die Zahl der afghanischen Christen außerhalb Afghanistans. Aber es gibt sie zweifellos. Und er hat persönlich mit mehreren hundert afghanischen Christen in den Vereinigten Staaten Kontakt aufgenommen.

„Selbst in westlichen Ländern ist der Kampf noch nicht ganz vorbei“, berichtete er. „Viele afghanische Christen erleben angespannte Situationen ... Wenn andere Afghanen merken, dass jemand kein Muslim ist, können sich die Reaktionen schlagartig ändern.“

Zu den Problemen, mit denen afghanische Christen im Ausland konfrontiert sind, gehören Drohungen von anderen Afghanen in der Exilgemeinschaft. Zudem fehlt vielen von ihnen jeglicher rechtlicher Schutz, und sie sind dem ständigen Risiko ausgesetzt, in ein Land abgeschoben zu werden, in dem man sie töten will.

„Viele fühlen sich nie ganz sicher, selbst nachdem sie den Westen erreicht haben“, sagte Elias. „Ein afghanischer Christ zu sein, ist nicht nur eine religiöse Identität“, fügte er hinzu. „Es ist ein Zustand ständiger Wachsamkeit ... Selbst außerhalb Afghanistans verschwindet die Angst nicht.“

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Algerien: Seit 2017 alle protestantischen Kirchen geschlossen

Christen im Untergrund: Sie feiern Gottesdienste in Privathäusern und im Freien

Algier/Straßburg (IDEA) – Die Behörden in Algerien haben seit 2017 alle protestantischen Kirchen geschlossen. Zu diesem Ergebnis kommt ein Bericht des Europäischen Zentrums für Recht und Gerechtigkeit (ECLJ) mit Sitz in Straßburg. Das Vorgehen der Behörden sei „mit internationalen Standards zur Religionsfreiheit unvereinbar“, heißt es in dem Bericht mit dem Titel „Die Unterdrückung der Christen in Algerien“. Dabei garantiere die Verfassung Algeriens seiner christlichen Minderheit Religionsfreiheit. Wörtlich heißt es dazu in dem Bericht: „Reaktionen europäischer und UN-Institutionen, die Algeriens Verstöße verurteilen, bleiben weitgehend symbolisch und unverbindlich.“ Von den 45,6 Millionen Einwohnern Algeriens sind 98 Prozent Muslime. Schätzungen zufolge leben rund 156.000 Christen im Land (0,3 Prozent der Bevölkerung). Die meisten sind Protestanten. Eine kleine katholische Minderheit besteht aus 8.000 Mitgliedern. Sie sind die einzige offiziell registrierte christliche Gemeinschaft im Land. Um 1950 lebten dort rund eine Million Christen, vor allem Katholiken. Die meisten von ihnen seien spätestens mit der Unabhängigkeit Algeriens 1962 nach Frankreich umgesiedelt.

Gottesdienste nur noch illegal möglich

Dem Bericht zufolge gilt seit 2012 ein neues Gesetz für die Ausübung nichtmuslimischer Religion. Kirchengebäude müssen genehmigt und religiöse Vereinigungen staatlich registriert werden. Doch diese Genehmigungen erteilten staatliche Stellen nicht. Die Folge sei, dass alle 58 protestantischen Kirchen geschlossen wurden, die der Protestantischen Kirche Algeriens (EPA) angehörten. Ihre Mitglieder könnten sich nun nur illegal in Privathäusern oder im Freien versammeln. Immer wieder würden Pastoren und Gläubige wegen ungenehmigter Gottesdienste strafrechtlich verfolgt. Laut Bericht wurden bei einer Polizeirazzia im April 2025 nach dem Karfreitagsgottesdienst zehn Christen neun Stunden lang festgehalten, verhört, fotografiert und ihre Handys beschlagnahmt. Dazu heißt es: „Obwohl keine größeren Anklagen erhoben wurden, verdeutlicht diese Festnahme den Druck, dem gewöhnliche Gläubige ausgesetzt sind.“

Pastor zu Haft verurteilt

Aufgeführt wird weiter der Fall von Pastor Youssef Ourahmane, dem EPA-Vizepräsident. Er hatte eine geistliche Veranstaltung in einem Gebäude organisiert, das zuvor von den Behörden geschlossen worden war. Dafür wurde er am 2. Mai 2024 von einem Berufungsgericht in Tizi Ouzou, rund 100 km östlich von Algier, zu einem Jahr Haft verurteilt, davon sechs Monate auf Bewährung. Zudem musste er eine Geldstrafe in Höhe von 100.000 Dinar (rund 645 Euro) bezahlen.

Zahl der Christen wächst vor allem in der Kabylei

Trotz der Einschränkungen sei die christliche Bevölkerung Algeriens in den letzten Jahrzehnten gewachsen, vor allem in der Kabylei – einer Region im Nordosten des Landes. Zahlen dazu nennt der Bericht nicht. Nach Angaben der algerischen Soziologin Hamida Azouani-Rekkas (Paris) ist der Anteil der Christen unter der Gesamtbevölkerung dort deutlich höher als im übrigen Land, nämlich zwischen einem und fünf Prozent. Die Lage der Christen in Algerien hat in den letzten Wochen nach dem historischen Papstbesuch international für Aufmerksamkeit gesorgt. Algerien war die erste Station des Papstes im Rahmen seiner Afrikareise vom 13. bis 23. April. Er hatte das christliche Erbe des Landes betont und sich für einen interreligiösen Dialog ausgesprochen.

Äthiopien: Weigerung, Jesus abzulehnen, bedeutet Todesgefahr

ICC-Nachrichten & Berichte - Haroji Wado, an der westlichen Grenze Äthiopiens zum Sudan, ist heute ein Ort, an dem die Entscheidung für einen neuen Glauben bedeutet, alles zu riskieren.

Für die 18-jährige Zamzam Addaamaa bestand ihr einziges „Verbrechen“ darin, Jesus zu lieben. Die einfache Entscheidung für ihren Glauben hat ihr Leben in einen Kampf ums Überleben verwandelt.

„Ich wurde in Haroji Wado in eine strenggläubige muslimische Familie hineingeboren“, sagte sie. „18 Jahre lang lebte ich inmitten der Gebete und Erwartungen, mit denen ich aufgewachsen war. Doch etwas regte sich in meinem Herzen, eine fast unerschütterliche Überzeugung, dass Christus real ist.“

Diese Überzeugung veranlasste sie zu einer lebensverändernden Entscheidung – einer, die sie niemals rückgängig machen konnte.

„Als ich mein Leben Jesus übergab“, sagte sie, „hätte ich mir nie vorstellen können, dass es mich noch am selben Tag das Leben kosten würde.“

Was folgte, war eine sofortige und harte Ablehnung. Nicht nur von ihrer Familie, sondern von ihrer gesamten Gemeinschaft.

„Als meine Familie und meine Gemeinschaft von meiner Bekehrung erfuhren, wurde mein Zuhause zu einem Ort der Gefahr“, sagte sie. „Ich wurde nicht nur abgelehnt, sondern auch verstoßen. Ich wurde hinausgeworfen und hatte nichts mehr, wovon ich leben konnte. In vielen Teilen Ostäthiopiens gilt das Verlassen des Islam als Glaubenswechsel; es wird als Verrat angesehen, der Strafe und manchmal sogar den Tod verdient.“

Die Vertreibung war nur der Anfang von Addaamaas Leidensweg. Aufgrund ihrer Konversion wurde sie zur Zielscheibe.

„Ich lebe jetzt versteckt im Haus einer anderen Person“, sagte sie. „Ein Versteck, kein Zuhause. Ich kann nicht frei nach draußen gehen. Ich kann nicht ohne Bedenken hinausgehen“

„Jedes Klopfen an der Tür könnte von einem Nachbarn, einem Verwandten oder jemandem kommen, der geschickt wurde, um mir etwas anzutun.“

Trotz der Gefahren überlebt Addaamaa dank des Mitgefühls anderer Christen. Doch selbst diese Freundlichkeit ist mit Risiken verbunden.

„Ich überlebe dank der Freundlichkeit von Fremden“, sagte sie. „Aber sie leben in der Angst, entdeckt zu werden, während sie mir helfen. Dieses Versteck ist ein vorübergehender Zufluchtsort, doch die Bedrohung für mein Leben bleibt bestehen.“

Addaamaas Geschichte ist kein neues Phänomen in Äthiopien. Überall am Horn von Äthiopien sehen sich christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund einer brutalen Realität aus Familienablehnung, Gewalt durch die Gemeinschaft und staatlicher Gleichgültigkeit gegenüber. Mädchen sind besonders schutzlos, da niemand sie verteidigt; sie werden zur Zielscheibe von Schlägen, Isolation oder sogar Tod. Viele fliehen in Städte wie Addis Abeba oder versuchen gefährliche Überfahrten in den Sudan oder nach Kenia, nur um dort Menschenhandel und Ausbeutung ausgesetzt zu sein. Doch trotz allem, was sie verloren hat, bleibt Addaamaas Glaube unerschütterlich.

„Ich bleibe versteckt, nicht weil ich es will, sondern weil ich keine Mittel habe, um zu fliehen“, sagte sie. „Ich habe meine Familie, mein Zuhause und meine Sicherheit verloren, aber ich kann Christus nicht verleugnen.“

Quelle: International Christian Concern; www.persecution

Äthiopien: "Das Leben ist heilig und unantastbar"

Bischof von Adigrat zum Schicksal von 200 zum Tode verurteilten Äthiopiern

Adigrat (Fides) – „Als Bischof der katholischen Eparchie Adigrat erhebe ich meine Stimme nicht nur als religiöser Führer, sondern auch als Zeuge des unermesslichen Wertes jeder menschlichen Seele, geschaffen nach dem Bild und Gleichnis des Allmächtigen“, so Bischof Tesfaselassie Medhin von der katholischen Eparchie Adigrat in einem eindringlichen Appell an alle internationalen humanitären Organisationen und Einrichtungen, die sich dem Schutz der Menschenwürde verschrieben haben, und setzt sich damit für zweihundert Äthiopier, denen in Saudi-Arabien die Todesstrafe droht.

„Unser Glaube lehrt uns, dass das Leben ein Geschenk des Schöpfers ist: heilig, unantastbar und vom Zeitpunkt der Empfängnis bis zu seinem natürlichen Tod schutzwürdig“, heißt es in der Erklärung des Bischofs, die Fides vorliegt. „Wir respektieren die Souveränität der Nationen und die Notwendigkeit, die Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen, sind aber der Überzeugung, dass Gerechtigkeit wirksamer ist, wenn sie mit Barmherzigkeit einhergeht. Die Hinrichtung dieser 200 Menschen würde einen unersetzlichen Verlust an Menschenleben und einen herzerreißenden Schlag für die in Äthiopien verbliebenen Familien bedeuten, von denen viele bereits unter Armut und Vertreibung leiden.“

„Wir dürfen nicht länger schweigen, während so viele Menschenleben auf dem Spiel stehen“, so der Bischof weiter, „Wir appellieren dringend an Ihre Organisationen, einen hochrangigen Dialog mit den Behörden des Königreichs Saudi-Arabien aufzunehmen, um einen Hinrichtungsaufschub und die Umwandlung dieser Todesurteile zu erreichen. Stellen Sie sicher, dass jedem dieser Menschen ein faires Verfahren gewährt wird, einschließlich angemessener Rechtsvertretung und Aufklärung über die Verfahrensregeln. Setzen Sie sich für Alternativen zur Todesstrafe ein, die Rehabilitation, Reue und die Möglichkeit der Wiedergutmachung ermöglichen“.

„Der Schrei der Armen und Ausgegrenzten muss die Ohren der internationalen Gemeinschaft erreichen“, betont Bischof Medhin. „Diese 200 Äthiopier sind nicht nur Zahlen; sie sind Kinder, Eltern und Geschwister. Ihr Leben hat einen unschätzbaren Wert, der jede Verfehlung übersteigt. Wir beten, dass die Herzen der Machthabenden vom Geist des Mitgefühls bewegt werden. Lasst uns gemeinsam daran arbeiten, die ‚Kultur des Todes‘ durch eine ‚Zivilisation der Liebe‘ und Barmherzigkeit zu ersetzen. Lasst uns in dieser schweren Zeit standhaft in unserer Hoffnung und unserem Bekenntnis zur Heiligkeit des Lebens bleiben.“

Molti degli etiopi a rischio sono rifugiati fuggiti durante il conflitto nel Tigray (2020-2022). Il 21 aprile 2026, tre migranti etiopi sono stati giustiziati in Arabia Saudita. Decine di altri si trovano nel braccio della morte a Khamis Mushait. L'eparca di Adigrat conclude il suo appello invocando un intervento immediato e decisivo in questa grave questione.

Viele der gefährdeten Äthiopier sind Flüchtlinge, die während des Konflikts in Tigray (2020–2022) geflohen sind. Am 21. April 2026 wurden bereits drei äthiopische Migranten in Saudi-Arabien hingerichtet. Dutzende weitere sitzen in Khamis Mushait im Todestrakt. Der Eparch von Adigrat schließt seinen Appell mit der Bitte um ein sofortiges und entschiedenes Eingreifen in dieser schwerwiegenden Angelegenheit.

(AP) (Fides 5/5/2026)

Bolivien: Wirtschaftskrise führt zu sozialen Spannungen

Katholische Bischöfe fordern Dialogbereitschaft

La Paz (Fides) – In Bolivien nehmen die sozialen Unruhen zu, die sich in Protesten, wirtschaftlicher Not und politischen Spannungen äußern.

In den letzten Wochen haben Transportunternehmen, Gewerkschaften, Bauern und indigene Organisationen Straßenblockaden errichtet und zu Streiks aufgerufen, in dem Bestreben Antworten auf ihre Forderungen nach einem wirtschaftlichen und strukturellen Wandel zu erhalten. Die Proteste finden vor dem Hintergrund hoher Inflation, Devisenknappheit und Treibstoffversorgungsproblemen statt – Faktoren, die die sozialen Unruhen verschärft haben. Diese sozialen Unruhen haben direkte Auswirkungen auf das tägliche Leben, insbesondere auf die Lebensmittelversorgung und den Transport, und treffen die schwächsten Bevölkerungsgruppen besonders hart.

Unterdessen haben führende Vertreter der bolivianischen Kirche ihre Besorgnis über die Eskalation des Konflikts geäußert und die Notwendigkeit friedlicher Lösungen für die Ursachen der sozialen Unruhen betont.

In den letzten Tagen haben sich zahlreiche Bischöfe in Predigten und Pressemitteilungen wiederholt zu diesem Thema geäußert.

Der Bischof von El Alto und Generalsekretär der bolivianischen Bischofskonferenz, Giovanni Arana, warnte vor der „konfliktgeladenen Situation“ des Landes, die von sozialen Spannungen und wirtschaftlicher Unsicherheit geprägt sei. In einer seiner Predigten erklärte er: „Keine Strukturreform kann ohne einen Wandel der Einstellung, ethischer Prinzipien und der zentralen Bedeutung des Menschen Früchte tragen.“ Er betonte die Dringlichkeit des Dialogs zwischen den Behörden und der Bevölkerung.

Der Bischof von Sucre und stellvertretende Vorsitzende der Bischofskonferenz, Ricardo Centellas, stellte in seinen Äußerungen die soziale Dimension der Krise in den Mittelpunkt und rief angesichts der zunehmenden Zerrissenheit des sozialen Gefüges zu Geschwisterlichkeit und Versöhnung auf. In seiner Predigt während der Messe an diesem Sonntag (3. Mai) erklärte er: „Wir sind auf dieser Welt, um einander zu unterstützen, nicht um einander zu zerstören“, und fügte hinzu, dass sich die Geschwisterlichkeit in Christus in „Solidarität, Barmherzigkeit und Mitgefühl“ niederschlagen müsse.

Erzbischof Percy Galván von La Paz rief seinerseits zu einem „aufrichtigen Dialog“ auf, der auf Transparenz und dem Streben nach Gemeinwohl beruhe. In einer Stellungnahme gegenüber der Presse forderte er, politische und ideologische Interessen beiseitezulassen und betonte die Notwendigkeit von Absprachen, die Stabilität und sozialen Frieden wiederherstellen.

Bischof Renán Aguilera von Potosí hob die Auswirkungen der protestbedingten Blockaden auf die ärmsten Familien hervor, die nur eingeschränkten Zugang zu lebensnotwendigen Gütern haben. „Die Schwächsten leiden am meisten“, erklärte er und unterstrich die Dringlichkeit der Wiederaufnahme des Dialogs sowie die Rolle der Kirche als Brücke bei der Suche nach realistischen und gemeinsamen Lösungen.

Der Vorsitzende der Bolivianischen Bischofskonferenz, Bischof Aurelio Pesoa vom Apostolischen Vikariat El Beni, stellte die Lage des Landes in einen Zusammenhang mit einer umfassenderen Reflexion über soziale Verantwortung und verwies auf Probleme wie Treibstoffknappheit, die Gesundheitskrise und Korruption. Er rief zu einer gesellschaftlichen Umkehr auf und erklärte: „Autorität muss stets im Dienste der Gemeinschaft stehen, nicht im Streben nach Profit.“

Erzbischof René Leigue von Santa Cruz stellte die Wirksamkeit von Blockaden und Streiks als Mittel zur Krisenbewältigung infrage und betonte, dass die Wirtschaft zwar wichtig, aber nicht das einzige Problem des Landes sei. In einer Rede am 3. Mai forderte er, den Fokus stärker auf die Probleme im Gesundheitswesen, im Bildungswesen und im Arbeitsmarkt sowie auf andere soziale Notlagen wie Gewalt und Drogenkonsum unter Jugendlichen zu richten. „Wir müssen den Blick weiten, über den Tellerrand hinausschauen und uns auf diese umfassende Realität mit all ihren Problemen konzentrieren“, erklärte er.

(Fides 6/5/2026)

China: "Marienmonat Mai"

Zahlreiche Initiativen in chinesischen katholischen Gemeinden

Wenzhou (Fides) – Vereint mit dem Nachfolger Petri haben chinesische katholische Gläubige zahlreiche Initiativen zur Marienverehrung im Mai, dem Monat, den die Weltkirche der Verehrung der Mutter Gottes widmet, auf den Weg gebracht. Genährt von einer tiefen, von Generation zu Generation weitergegebenen Marienverehrung prägen Wallfahrten, Rosenkränze, Anbetungsstunden, Prozessionen und karitative Werke im Zeichen Mariens den Mai in den chinesischen katholischen Gemeinden. Die Türen von Heiligtümern, Kirchen und Kapellen sind geöffnet und im Rahmen gut organisierter Programme wurden die Zeiten für das tägliche Gemeinschaftsgebet sowie die zu beachtenden organisatorischen Maßnahmen für einen reibungslosen Ablauf der Veranstaltungen bekanntgegeben.

Zu den meistbesuchten Wallfahrtsorten in den kommenden Wochen zählen die Marienheiligtümer Housangyu in Peking und Sheshan bei Shanghai, das Heiligtum Unserer Lieben Frau der Schmerzen in Shanxi, das Heiligtum Lushan in Sichuan und das Rosenkranzdorf am Heiligtum „Maria Rosa Mystica“ in Fujian. Auch die Lourdes-Grotten in den Pfarrkirchen, die kleinen Nischen mit Marienstatuen in den Kapellen und Gebetsräumen werden von den Gläubigen besucht werden.

Bereits am 27. April unternahm eine Gruppe von Frauen der Herz-Jesu-Gemeinde Dupu in der Diözese Wenzhou (Provinz Zhejiang) eine Pilgerfahrt zur Vorbereitung auf den Marienmonat. Sie beteten in verschiedenen Kirchen der Umgebung und verweilten an den Grotten und beim Marienberg. Die gesamte Gruppe versammelte sich zur feierlichen Eucharistiefeier mit besonderen Gebetsanliegen. Anschließend begaben sich die Teilnehmer gemeinsam zum Marienberg. In der Kirche von Qianqi bekräftigten alle ihre Dienstbereitschaft im Bestreben dem Ruf Gottes zu folgen. Zwei Ordensschwestern der Gemeinde erläuterten die Geschichte der Kirche und betonten, dass die Marienverehrung vor allem die innige geistliche Gemeinschaft der Gläubigen mit Maria, der Mutter Christi, zum Ausdruck bringt.

(NZ) (Fides 1/5/2026)

Deutschland: Amokfahrt in Leipzig

Hunderte gedenken in Gottesdienst der Opfer. Landesbischof Bilz: Gott möge Halt und Geborgenheit schenken

Leipzig (IDEA) – Hunderte Menschen haben am 5. Mai in der voll besetzten Leipziger Nikolaikirche der Opfer der Amokfahrt in der dortigen Innenstadt gedacht. Ein 33-Jähriger war am frühen Abend des 4. Mai mit seinem Wagen mehrere Hundert Meter durch eine Fußgängerzone gerast. Dabei starben zwei Personen im Alter von 63 und 77 Jahren. Sechs weitere wurden verletzt, zwei davon schwer. Im Gottesdienst sagte der Leipziger Superintendent Sebastian Feydt: „Wir denken an alle, die innerlich und äußerlich getroffen sind.“ Mitten in dem tragischen Geschehen habe man aber „auch eine große Nähe und riesengroße Hilfsbereitschaft erleben“ können. „Das zeichnet unsere Stadt aus.“ Der sächsische Landesbischof Tobias Bilz (Dresden) sprach in der Predigt über Psalm 31, in dem es in Vers 16 heißt: „Meine Zeit steht in deinen Händen.“ Er äußerte drei Wünsche an Gott. „Gott, ich will – vielleicht wir wollen –, dass die schwere Zeit jetzt in deiner Hand ist, dass du uns Halt und Geborgenheit schenkst. Stell dich unserem Ringen, wenn wir nach Sinn fragen, warum der eine behütet ist und jemand anderes nicht.“ Er wünsche sich ferner, so Bilz, „dass dieses Bild von der Hand Gottes stärker ist als die anderen Bilder, die jetzt auch da sind“. Er wolle ferner glauben, „dass du, der ewige Gott, auch noch deine Hand aufhältst, wenn meine begrenzte Lebenszeit zu Ende geht, weil du der Ewige bist und weil dann eben nicht alles dahin ist, sondern weil wir bei dir und deiner Hand bleiben in Ewigkeit.“

Ministerpräsident Kretschmer spricht Fürbittegebet

Der Bischof des Bistums Dresden-Meißen, Heinrich Timmerevers, sagte: „Gott stellt sich an die Seite der Trauernden, der Verwundeten, der Verängstigten.“ Er bewahre davor, dass Bitterkeit und Verzweiflung das letzte Wort bekommen. In dem Gottesdienst wirkten ferner unter anderen der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) und der Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) mit. Kretschmer richtete eine Fürbitte an Gott: „Halte mit aus, was nicht auszuhalten ist, und halte die, die wir nicht mehr halten können.“ Augenzeugen berichteten von ihren Eindrücken und sprachen Gebete. Am 5. Mai ordnete ein Ermittlungsrichter an, den mutmaßlichen Täter Jeffrey K. einstweilig in einem psychiatrischen Krankenhaus unterzubringen, wie die Staatsanwaltschaft Leipzig mitteilte. Es gebe „dringende Gründe“, dass der Beschuldigte die Tat „im Zustand der zumindest erheblich verminderten Schuldfähigkeit“ begangen habe.

Deutschland: Jugendamt holt sechs Kinder aus christlicher Einrichtung

Oberallgäu: „Gewichtige Anhaltspunkte für eine mögliche Gefährdung des Kindeswohls“

Augsburg/Hamburg (IDEA) – Im Oberallgäu haben die Behörden sechs Kinder aus einer christlichen Einrichtung in Obhut genommen. Es handelt sich um das Haus „SeeNest“, eine Unterkunft für Kinder und Jugendliche mit frühkindlichen Traumatisierungen. Das bestätigten sowohl der Regierungsbezirk Schwaben als auch das Landratsamt Oberallgäu auf Nachfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Alle sechs in dem Haus befindlichen Kinder habe das zuständige Jugendamt am 17. April in Obhut genommen. Das Landratsamt betonte in diesem Zusammenhang: „Die Aktion hängt nicht mit der vielfach von verschiedenen Seiten kritisierten weltanschaulichen Ausrichtungen des Trägers zusammen.“ Dem Jugendamt seien „gewichtige Anhaltspunkte für eine mögliche Gefährdung des Kindeswohls bekanntgeworden“. Hierunter zählten unter anderem „fragwürdige Erziehungsmaßnahmen“, etwa „ein unangemessener Umgang mit freiheitsbeschränkenden Maßnahmen gegenüber den betreuten Kindern“. Für sie sollten schnellstmöglich „stabile und verlässliche Anschlusslösungen“ sichergestellt werden.

Vorwürfe durch Ex-Mitarbeiter

Laut der Regierung von Schwaben hat es im Februar von ehemaligen Mitarbeitern erste Hinweise gegeben, die daraufhin überprüft worden seien. Konkreter wird die Behörde jedoch nicht. Medienberichten zufolge erteilte die Regierung von Schwaben der pädagogischen Leiterin bereits im März ein Tätigkeitsverbot als Heimaufsicht. Auch soll die Staatsanwaltschaft mittlerweile ein Vorermittlungsverfahren eingeleitet haben. Wie die Polizei auf IDEA-Anfrage mitteilte, gab es seit der Gründung der Einrichtung im August 2023 29 Polizeieinsätze, unter anderem wegen Ruhestörung. Wie der Bayerische Rundfunk (BR) meldete, sollen die Kinder immer wieder weggelaufen sein. Das Jugendamt Oberallgäu äußerte gegenüber dem BR jedoch auch, dass traumatisierte Kinder durch Stresssituationen oder bestimmte Trigger in Ausnahmezustände geraten können. Mit Hilfe starker Reize könnten solche Kinder ins „Hier und Jetzt“ zurückgeholt werden, das sei ein traumapädagogischer Ansatz. Die Grenze zwischen dem, was dem Kind in solchen Momenten helfe und was ihm schade, seien jedoch fließend. Im „SeeNest“ sei der Grat Richtung psychischer und physischer Misshandlung in letzter Zeit häufiger überschritten worden, heißt es.

Einrichtung gehört zu „Mission Freedom“

Das Haus „SeeNest“ ist eine Einrichtung des freien Trägers „Himmelsstürmer“. Er gehört zum christlichen Hilfswerk „Mission Freedom“. Es betreibt unter anderem Schutzhäuser in Hamburg und Frankfurt am Main für Frauen, die aus der Zwangsprostitution aussteigen wollen. Gründerin und Vorsitzende ist die pfingstkirchliche Pastorin Gaby Wentland (Hamburg). Sie hat auf eine IDEA-Anfrage bislang nicht reagiert. Wentland gehört auch zum Vorstand von „Gemeinsam gegen Menschenhandel“, ein Bündnis von fast 40 Organisationen und Initiativen. Bis zur Klärung der aktuellen Vorwürfe lässt sie ihre Vorstandstätigkeit dort ruhen. Das geht aus einer Stellungnahme des Bündnisses hervor, das IDEA vorliegt. Darin heißt es zudem, dass es die Vorwürfe sehr ernst nehme: „Im Mittelpunkt stehen für uns der Schutz der betroffenen Kinder, die Wahrnehmung ihrer Privatsphäre sowie eine sorgfältige und fachlich verantwortliche Klärung der Vorgänge.“ Das Haus „SeeNest“ verwies gegenüber IDEA auf den Schutz „der uns anvertrauten Kinder und Jugendlichen“ sowie den Datenschutz. „Mission Freedom“ wurde 2011 gegründet zur Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution. Ziel ist es nach eigenen Angaben, Aufklärung zu leisten, die Betroffenen in ein neues Leben in Freiheit zu begleiten und ihnen nachhaltig zu helfen.

Deutschland: „Evangelium21“- Aufruf zum Bekenntnis und zur Standhaftigkeit

Pastor: Das Evangelium nicht den Vorstellungen der Welt anpassen

Hamburg (IDEA) – Christen sollen sich nicht für das Evangelium schämen oder es den Vorstellungen der Welt anpassen. Dazu hat der Pastor der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde (EFG) Unna, Rudi Tissen, auf der Hauptkonferenz des theologisch konservativen Netzwerks „[Evangelium21](#)“ (E21) in Hamburg aufgerufen. Tissen warnte vor einem „Christsein auf Zehenspitzen“, das die Botschaft vom Kreuz aus Rücksicht auf eine „schlafende Welt“ verkleinere oder anpasse. Kein Christ sei davor gefeit, sich für das Evangelium zu schämen. „Keine 50 Jahre Christsein, keine 30 Jahre pastorale Erfahrung und keine theologische Ausbildung und kein natürliches Selbstbewusstsein schützen uns davor“, sagte Tissen. Als Beispiele für die weltweite Verfolgung von Christen nannte er die [Enthauptung](#) von 21 Märtyrern durch die Terrororganisation Islamischer Staat in Libyen im Jahr 2015 und erinnerte an die Tausenden Christen, die laut dem Hilfswerk [Open Doors](#) jedes Jahr in [Nigeria](#) wegen ihres Glaubens getötet werden. Angesichts solcher Berichte stelle sich die Frage, wie mutig Christen in einem Land aufträten, in dem sie ungestört eine Konferenz besuchen könnten. An Prediger gerichtet sagte er: „Wir brauchen nicht noch mehr trockene Bibelvorträge – sondern Prediger und Pastoren, die jubeln über Christus.“

Jüngerschaft ist kein Fertiggericht

Der Gemeindegründer und E21-Geschäftsführer Alexander Reindl (Steinach am Brenner/Österreich) warnte davor, Jüngerschaft wie ein Fertiggericht zu behandeln. Der Auftrag, das Evangelium über Generationen hinweg an treue Menschen weiterzugeben, erfordere Zeit und langes Verweilen an einem Ort. Christliche Stärke komme nicht aus eigener Anstrengung: „Wir werden nicht nur bekehrt durch Gnade, sondern auch gestärkt durch Gnade.“ Junge Christen ermutigte er, ihre geistliche Hauptprägung nicht bei Bildschirm-Predigern zu suchen, sondern bei Menschen vor Ort. Pastoren rief Reindl dazu auf, ihre Hauptenergie nicht in Podcasts oder Social-Media-Kanäle zu stecken, sondern in Menschen aus der eigenen Gemeinde. Die E21-Hauptkonferenz fand bis zum 2. Mai mit rund 1.200 Teilnehmern statt. Sie stand unter dem Motto „Glaube, der bleibt – von Generation zu Generation“. Zum Netzwerk gehören Christen aus verschiedenen Kirchen und Gemeinden. Nach eigenen Angaben verbindet sie das uneingeschränkte Vertrauen in die Heilige Schrift sowie eine reformatorisch ausgerichtete Theologie.

Indien: BJP baut Macht in den Bundesstaaten aus

ICC-Nachrichten & Berichte - Indiens regierende Bharatiya Janata Party (BJP) hat eine Reihe von Erdrutschsiegen auf Bundesstaatsebene errungen, wodurch sie ihren politischen Einfluss in Schlüsselregionen gefestigt und eine neue Phase der Konsolidierung unter Premierminister Narendra Modi eingeleitet hat – eine Entwicklung, die Beobachter als potenziell schwerwiegende Folgen für die religiösen Minderheiten des Landes warnen.

Die in dieser Woche endgültig festgestellten Wahlergebnisse zeigen, dass die BJP in Westbengalen eine überwältigende Mehrheit errungen hat. Dieser Bundesstaat war lange Zeit eine Hochburg der Opposition und wurde von der Partei zuvor noch nie regiert. Die Partei baute zudem ihre Mehrheit im Bundesstaat Assam aus und erzielte weitere Zuwächse in Kerala und Tamil Nadu. Zusammengenommen deuten die Ergebnisse auf ein bedeutendes Comeback für Modi hin, nachdem er 2024 auf nationaler Ebene an Stärke verloren hatte.

Indiens föderales System verleiht den Landesregierungen erhebliche Befugnisse in den Bereichen Strafverfolgung und öffentliche Ordnung – Befugnisse, die in den von der BJP geführten Bundesstaaten zunehmend genutzt werden, um religiöse Minderheiten mit legalen und extralegalen Mitteln ins Visier zu nehmen. Dreizehn der 28 indischen Bundesstaaten setzen mittlerweile Gesetze gegen Bekehrungen durch, viele davon in von der BJP kontrollierten Regionen. Diese Gesetze, die oft als Schutz vor Zwang dargestellt werden, sind so weit gefasst, dass sie gewöhnliche Bekundungen des christlichen Glaubens unter Strafe stellen und willkürliche Verhaftungen sowie Gewalt durch den Mob ermöglichen.

In Bundesstaaten wie Assam und Westbengalen – beide grenzen an Bangladesch – stützte sich die Kampagne der BJP stark auf die Besorgnis über undokumentierte Migration, mit wiederholten Versprechen, gegen sogenannte illegale Infiltration vorzugehen. Kritiker argumentieren, dass solche Rhetorik in der Vergangenheit zu politischen Maßnahmen und Praktiken geführt hat, die sich unverhältnismäßig stark gegen Muslime und zunehmend auch gegen andere Minderheitengruppen wie Christen richten.

Konkret stellte die Kommission fest, dass sich die Lage im vergangenen Jahr verschlechtert hat, da die Behörden Gesetze gegen Bekehrungen „eingeführt oder verschärft“ und „Angriffe von Selbstjustizgruppen auf religiöse Minderheiten geduldet“ haben, während sie gleichzeitig Inhaftierungen und Ausweisungen von schutzbedürftigen Gruppen begünstigten.

Die USCIRF forderte erneut, Indien wegen „systematischer, anhaltender und schwerwiegender Verletzungen der Religionsfreiheit“ als „Land von besonderem Anliegen“ (CPC) einzustufen, und verwies dabei auf eine Kombination aus staatlichem Handeln und Untätigkeit, die das Gedeihen der Verfolgung ermöglicht habe. Die USCIRF fordert seit 2020 jedes Jahr, Indien als CPC einzustufen. Das US-Außenministerium hat Indien noch nie die CPC-Einstufung oder die darunter liegende SWL-Einstufung zugewiesen, die die USCIRF seit 2010 fordert.

Unter Modis Führung hat der hinduistische Nationalismus in Indien deutlich zugenommen, was zu einer Einschränkung der Religionsfreiheit geführt hat. Seine Regierung hat umstrittene Maßnahmen wie das Gesetz zur Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts vorangetrieben und es immer wieder versäumt, gegen gewalttätige Ausschreitungen gegen religiöse Minderheiten einzuschreiten – oder diese, wie Kritiker argumentieren, sogar indirekt gefördert.

Die ideologische Triebkraft hinter einem Großteil dieser Bewegung, die Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS), übt weiterhin erheblichen Einfluss aus, insbesondere in von der BJP regierten Bundesstaaten, wo ihr nahestehende Gruppen Proteste mobilisiert, Rückkonversionskampagnen organisiert und in einigen Fällen zu Gewalt gegen Christen und Muslime aufgerufen haben.

Menschenrechtsaktivisten warnen, dass die zunehmende Dominanz der BJP auf Landesebene einem altbekannten Muster folgt: Auf politische Erfolge folgen oft die Einführung oder Durchsetzung von Gesetzen, die Minderheitengemeinschaften marginalisieren, sowie eine Zunahme von Mobgewalt, die relativ straffrei ausgeübt wird. Aktuelle Daten unterstreichen diesen Trend. Zwischen Mitte 2024 und Mitte 2025 wurden in ganz Indien Hunderte von Vorfällen von Misshandlungen, Angriffen auf Häuser und Kirchen sowie Massenvertreibungen von Christen registriert – Zahlen, von denen weithin angenommen wird, dass sie nur einen Bruchteil der tatsächlichen Gesamtzahl ausmachen.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Indonesien: Lokaler Widerstand verhindert Kirchenbau

ICC-Nachrichten & Berichte - Die Kontroverse um den Bau des Gotteshauses der Toraja-Kirche im Gebiet Sungai Keledang im Bezirk Samarinda Seberang in Ostkalimantan, Indonesien, ist nach wie vor ungelöst.

Alle administrativen und technischen Anforderungen für den Bau des Gotteshauses wurden 2025 eingereicht und für vollständig erklärt.

Bis heute hat die Kommunalverwaltung jedoch aufgrund des Widerstands einiger Gemeindegruppen keine Baugenehmigung erteilt.

Die Gemeinde ist der Ansicht, dass die Stadtverwaltung von Samarinda diskriminierende Praktiken anwendet, was zu Vorwürfen der Verwaltungsmissstände bei der Erteilung der Baugenehmigung geführt hat.

Seit fast zwei Jahren sieht sich die Gemeinde der Toraja-Kirche in Sungai Keledang mit verschiedenen Hindernissen konfrontiert, die von Widerstand in der Bevölkerung und dem Aufstellen von Transparenten bis hin zu einem langwierigen Genehmigungsverfahren bei der Behörde für Investitionen und integrierte Dienstleistungen (DPMPTSP) reichen.

Der Vorsitzende der Nationalen Allianz für Religions- und Glaubensfreiheit (AKKBB) von Ostkalimantan, Pfarrer Hendra Kusuma, gab bekannt, dass die Genehmigungsunterlagen der Kirche, die als vollständig erklärt worden waren, wiederholt zwischen dem Ministerium für öffentliche Arbeiten und Raumplanung (DPMPTSP) und dem Ministerium für öffentliche Arbeiten und Raumplanung (PUPR) hin- und hergeschoben wurden.

Tatsächlich hatte die Kirche mit einer Gemeinde von etwa 160 Mitgliedern am 17. September 2024 eine Empfehlung vom Forum für interreligiöse Harmonie (FKUB) und am 15. April 2025 vom Ministerium für religiöse Angelegenheiten erhalten. Das bedeutet, dass die in der gemeinsamen Ministerialverordnung (PBM) von 2006 festgelegten Anforderungen administrativ erfüllt waren.

Pfarrer Hendra erklärte jedoch, dass die DPMPTSP die Genehmigung noch nicht erteilt habe. Er hielt den als Grund für die Verzögerung angeführten „Sicherheitsgrund“ für ungerechtfertigt, insbesondere wenn sich dieser nur auf Einwände einiger weniger Parteien beziehe.

„Wenn jeder Kirche, die die Anforderungen erfüllt, aufgrund von Ablehnungsdruck die Genehmigung verweigert wird, wie lange wird es dann dauern, bis die Kirche ihre Rechte und Gerechtigkeit erhält?“, betonte er.

Er erklärte weiter, dass diese Vorgehensweise einen Verwaltungsmissstand und eine Verletzung des Rechts auf Religionsfreiheit darstelle. Er plane, rechtliche Schritte einzuleiten.

„Wir werden die Stadtverwaltung von Samarinda, insbesondere die PTSP, unverzüglich beim Ombudsmann und bei der Nationalen Menschenrechtskommission (Komnas HAM) wegen Verwaltungsmissstandes und der Verletzung der Rechte der Toraja-Kirchengemeinde anzeigen“, erklärte Pfarrer Hendra.

Unterdessen brachte Pastorin Meliasni Panggalo, die der örtlichen Gemeinde dient, ihre Enttäuschung zum Ausdruck. Sie merkte an, dass die Gottesdienste nach wie vor im Freien mit begrenzten Einrichtungen abgehalten werden.

„Unsere Gottesdienste finden im Freien statt, neben und unter dem Pfarrhaus. Die Gemeinde braucht dringend ein festes Kirchengebäude, damit die Gottesdienste nicht durch das Wetter gestört werden.“

Dieser Fall reiht sich ein in die lange Liste von Problemen im Zusammenhang mit dem Bau von Kirchen in Indonesien, bei denen es häufig zu einem Spannungsfeld zwischen behördlichen Vorschriften und gesellschaftlichen Dynamiken kommt.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org



Iran: Christin an unbekanntem Ort inhaftiert

Die ehemalige Muslimin trat 2017 zum christlichen Glauben über

Teheran (IDEA) – Als „Gefangene des Monats Mai 2026“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA die iranische Christin Ghazal Marzban benannt. Sie rufen dazu auf, sich für die Inhaftierte einzusetzen. Geheimdienstmitarbeiter nahmen die 42-Jährige am 26. Januar zu Hause fest und konfiszierten ihre Bibel und weitere christliche Literatur. Zwei Stunden, nachdem sie abgeführt worden war, durfte Marzban ihren Ehemann telefonisch darüber benachrichtigen, dass sie sich im Gewahrsam des Geheimdienstes befinde. Seither ist über ihren weiteren Verbleib nichts bekannt geworden. Die Katholikin war vor ihrem Glaubenswechsel 2017 Muslimin und hat einen Universitätsabschluss in islamischer Rechtslehre. Aufgrund ihrer Konversion verfolgten die Behörden die Christin, wogegen sie protestierte. Marzban appellierte öffentlich an den Papst, die massenhafte Unterdrückung in ihrer iranischen Heimat anzuprangern. Daraufhin wurde sie erstmals am 5. November 2024 wegen angeblicher staatsfeindlicher Propaganda und Verstoßes gegen die Kopftuchpflicht festgenommen. Später wurde Marzban zu sechs Monaten Haft und 74 Peitschenhieben verurteilt. Nachdem sie zwei Monate ihrer Strafe im berüchtigten Evin-Gefängnis abgesessen hatte, kam sie im Januar 2025 frei. Ihre Freiheit währte aber nur ein Jahr. Die IGFM und IDEA rufen dazu auf, in Briefen an den iranischen Präsidenten Massud Peseschkian um die sofortige Freilassung der Christin zu bitten. Die Islamische Republik Iran hat den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte ratifiziert, der auch Religionsfreiheit garantiert. Von den rund 90 Millionen Einwohnern des Landes sind etwa 98 Prozent Muslime. Laut Schätzung christlicher Hilfswerke beträgt der Anteil der Christen zwischen 0,7 und 0,9 Prozent.

[Musterbrief Deutsch](#)

Israel: Nach Angriff auf Nonne

Gebetsaufruf für Christen in Israel

(Von Israelnetz/ 7. Mai 2026) Nach einem Angriff auf eine französische Nonne in Jerusalem hat das Hilfswerk „Open Doors“ zum Gebet für Christen in Israel aufgerufen. Dabei stellte es klar, dass Israel nicht zu den 50 Ländern mit der stärksten Christenverfolgung zählt. Doch in den vergangenen Jahren hätten jüdische Extremisten immer wieder Christen [angegriffen](#), vor allem Geistliche und Ordensleute. In der vergangenen Woche hatte ein Israeli auf die 48-jährige Nonne eingetreten und sie am Gesicht verletzt. Ein 36-jähriger Verdächtiger wurde festgenommen. Das israelische Außenministerium sprach von einem „schändlichen Akt“. (eh)

Mosambik: IS – Terror

Bei mehreren islamistischen Angriffen auf christliche Gemeinden im Bezirk Ancuabe in Cabo Delgado im Norden Mosambiks wurde ein Mann getötet und zwei Kirchengebäude niedergebrannt.

Die Tötung eines „christlichen Kämpfers“ ereignete sich laut einer vom Islamischen Staat Mosambik (IS-M) veröffentlichten Meldung am 2. Mai im Dorf Macaiamo.

In den letzten Monaten hat die Propaganda des Islamischen Staates den Begriff „Kämpfer“ verwendet, um Christen und Juden zu bezeichnen, die sich geweigert haben, entweder zum Islam zu konvertieren oder den Status als Dhimmi – als unterworfenen Menschen unter islamischer Herrschaft – anzunehmen.

Bei einem separaten Angriff am selben Tag wurden 50 Häuser sowie ein Kirchengebäude im Dorf Miegane niedergebrannt, zusätzlich zu einem Haus und einer Kirche, die zwei Tage zuvor im Dorf Ncoe in Brand gesteckt worden waren.

Der IS-M hat seit Beginn der Aufstände im Jahr 2017 im Norden Mosambiks Tausende Menschen getötet und mehr als eine halbe Million Menschen vertrieben.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/one-dead-as-islamists-target-christian-communities-in-northern-mozambique/>

Mosambik: Nach Brandanschlag auf Kirche in Meza

Bischof Osório Citora bekräftigt Verbundenheit mit den Einwohnern, dem Bischof und den Missionaren der Diözese Pemba

Beira (Fides) „Das Bistum Quelimane hat mit großer Bestürzung von dem Anschlag und der Brandstiftung erfahren, die am Donnerstag, dem 30. April, die „São Luís Maria de Montfort“ von Montfort in Meza getroffen haben. Die Lage ist sehr ernst, die Menschen sind verängstigt, aber wir alle sind im Gebet vereint“, so Bischof Osório Citora Afonso (IMC) von Quelimane im Gespräch mit Fides. Der Bischof, ein Consolata-Missionar, befindet sich derzeit im Erzbistum Beira, um nach seiner Ernennung durch Papst Leo XIV. am 10. April 2026 in seiner Funktion als Apostolischer Administrator des Erzbistums, Gespräche mit den lokalen Mitarbeitern zu führen.

Nachdem Bischof Osório von dem schweren Terroranschlag erfahren hatte, bei dem die Pfarrei „São Luís Maria de Montfort“ in Meza in der Diözese Pemba zerstört und mindestens 22 Menschen aus dem Bezirk Ancuabe in der Provinz Cabo Delgado von mutmaßlichen Terroristen entführt wurden, trat er mit Bischof António Juliasse von Pemba, sowie den Patres Marc, Andre und Florence aus Kamerun, die als Missionare des Ordens der Piaristen in der betroffenen Pfarrei tätig sind, in Kontakt, um ihnen seine Verbundenheit auszudrücken.

„In diesem Moment des Schmerzes und der Prüfung danken wir Gott für die Unversehrtheit der Missionare, trauern aber mit dem Bistum Pemba nach der Zerstörung des Gotteshauses, eines 1946 erbauten Glaubensdenkmals, mit all den dadurch entstandenen Schäden“, sagte Bischof Osório. „Sie können auf unsere Gebete, die Solidarität der Kirche von Quelimane und unsere brüderliche Verbundenheit zählen. Möge der Gute Hirte diese Menschen trösten und die vom Hass verhärteten Herzen bekehren. Wir sind vereint im Kreuz und in der Hoffnung auf die Auferstehung, während wir diese terroristische Gewalt verurteilen und um Frieden für dieses vom Märtyrertod gezeichnete Land bitten.“

(AP) (Fides 4/5/2026)

Mosambik: Terroristische Anschläge in Cabo Delgado

Über 700 Menschen fliehen aus Nangade

Nampula (Fides) – Neue Terroranschläge, die sich in den letzten Tagen im Bezirk Nangade im Norden von Cabo Delgado ereignet haben, haben zahlreiche Familien zur Flucht gezwungen. Mindestens 776 Menschen, darunter Kinder, sind betroffen. Diese Angaben stammen aus dem jüngsten Bericht der Internationalen Organisation für Migration (IOM). Demnach haben die Betroffenen ihre Häuser in den Dörfern Machava, Samora Machel, Muangaza und Nkonga verlassen. Laut einem von der lokalen Presse veröffentlichten Dokument, das sich auf den Zeitraum vom 17. bis 25. April bezieht, haben einige Familien in Mualela und anderen Gebieten des Bezirks Zuflucht gefunden. In einer Mitteilung, die Fides vorliegt heißt es, mehrere Anwohner hätten die Präsenz terroristischer Gruppen auf den Feldern des Dorfes Lijungo und in den tiefer gelegenen Gebieten der Gemeinde Nkonga bestätigt. Berichte über Plünderungen von Lebensmitteln seien in der vergangenen Woche eingegangen. In der Erklärung wird außerdem darauf hingewiesen, dass vor zwei Wochen Terroristen in die Dörfer des Distrikts Nangade zurückgekehrt sind, wo neben den mosambikanischen Verteidigungs- und Sicherheitskräften auch tansanische Streitkräfte im Rahmen der Zusammenarbeit und der nachbarlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern stationiert sind.
(AP) (Fides 6/5/2026)

Nigeria: Fulani-Angreifer töten 11 Christen

Bei Angriffen auf drei Dörfer innerhalb von zwei Wochen töteten Fulani-Hirten 11 Christen und verletzten fünf weitere in einem Bezirk im Bundesstaat Plateau, Nigeria.

Am Sonntag (3. Mai) töteten Fulani gegen 21 Uhr fünf Christen im Dorf Fan im Bezirk Barkin Ladi, sagte der Anwohner Bot James. „Muslimische Fulani-Bewaffnete töteten fünf Christen bei einem erneuten Angriff auf das Dorf Fan, eine christliche Gemeinde im Gebiet Barkin Ladi im Bundesstaat Plateau“, berichtete James gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „Die Opfer wurden aus dem Hinterhalt überfallen und angegriffen, als sie von ihren Geschäften in der Gegend auf dem Weg nach Hause waren.“

Der lokale Gemeindevorsteher Rwang Tengwong bestätigte diesen Bericht in einer Presseerklärung, die er am Montag (4. Mai) in Jos veröffentlichte, und erklärte, dass alle Bewohner des Dorfes Fan Christen seien. „Die Opfer wurden von den Fulani-Angreifern aus dem Hinterhalt überfallen, beschossen und getötet, als sie nach ihren täglichen geschäftlichen Aktivitäten in der Gegend auf dem Heimweg waren“, sagte Tengwong.

Im überwiegend christlichen Dorf Kassa in Barkin Ladi wurden Berichten zufolge am 27. April zwei Christen getötet; einer wurde als Gyang Choji Kim identifiziert. Am 19. April wurden im ebenfalls in Barkin Ladi gelegenen, überwiegend christlichen Dorf Hurum vier Christen getötet und fünf weitere verletzt, sagte die Bewohnerin Florence Yohanna. „Gott, hab Erbarmen und rette uns vor der bewaffneten Fulani-Bande“, sagte Yohanna. „Mein Dorf Hurum im Verwaltungsbezirk Barkin Ladi des Bundesstaates Plateau wurde erneut von Fulani-Hirten angegriffen; vier Christen wurden getötet.“ Tengwong sagte, der Angriff auf das Dorf Hurum im Bezirk Gashish habe gegen 22 Uhr stattgefunden. „Bewaffnete Fulani stürmten das Dorf und eröffneten das Feuer auf die Bewohner, wobei vier Christen getötet und fünf weitere verletzt wurden“, sagte er.

Laut der Weltverfolgungsliste 2026 von Open Doors wurden in Nigeria vom 1. Oktober 2024 bis zum 30. September 2025 mehr Christen getötet als in jedem anderen Land. Von den 4.849 Christen, die in diesem Zeitraum weltweit wegen ihres Glaubens getötet wurden, waren 3.490 – 72 Prozent – Nigerianer, ein Anstieg gegenüber 3.100 im Vorjahr. Nigeria belegte Platz 7 auf der WWL-Liste der 50 Länder, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein.

Die überwiegend muslimischen Fulani, deren Zahl sich in Nigeria und der Sahelzone auf Millionen beläuft, umfassen Hunderte von Clans mit vielen verschiedenen Abstammungslinien, die keine extremistischen Ansichten vertreten; einige Fulani halten jedoch an einer radikalislamistischen Ideologie fest, wie die All-Party Parliamentary Group for International Freedom of Belief (APPG) des Vereinigten Königreichs in einem Bericht aus dem Jahr 2020 feststellte.

„Sie verfolgen eine Strategie, die mit der von Boko Haram und ISWAP vergleichbar ist, und zeigen eine klare Absicht, Christen und wichtige Symbole christlicher Identität ins Visier zu nehmen“, heißt es im APPG-Bericht. Christliche Führer in Nigeria haben erklärt, sie glaubten, dass die Angriffe von Hirten auf christliche Gemeinden im Middle Belt Nigerias von ihrem Wunsch motiviert seien, das Land der Christen gewaltsam zu übernehmen und den Islam aufzuzwingen, da es ihnen aufgrund der Wüstenbildung schwerfällt, ihre Herden zu ernähren.

In der nordzentralen Zone des Landes, wo Christen häufiger anzutreffen sind als im Nordosten und Nordwesten, greifen islamistische Fulani-Milizen laut dem Bericht Bauerngemeinden an und töten dabei viele Hunderte, vor allem Christen. Dschihadistische Gruppen wie Boko Haram und die Splittergruppe „Islamischer Staat in der Provinz Westafrika“ (ISWAP) sind unter anderem auch in den nördlichen Bundesstaaten des Landes aktiv, wo die Kontrolle der Bundesregierung nur schwach ist und Christen und ihre Gemeinden weiterhin Ziel von Überfällen, sexueller Gewalt und Morden an Straßenblockaden sind, so der Bericht. Entführungen zur Erpressung von Lösegeld haben in den letzten Jahren erheblich zugenommen.

Die Gewalt hat sich auf die südlichen Bundesstaaten ausgeweitet, und im Nordwesten ist eine neue dschihadistische Terrorgruppe namens Lakurawa entstanden, die mit modernem Waffenarsenal und einer radikal-islamistischen Agenda auftritt, wie die WWL feststellte. Lakurawa ist mit der expansionistischen Al-Qaida-Rebellengruppe Jama'a Nusrat ul-Islam wa al-Muslimin (JNIM) verbunden, die ihren Ursprung in Mali hat.

<https://morningstarnews.org/2026/05/fulani-assailants-kill-11-christians-in-plateau-state-nigeria/>

Nigeria: Terror geht weiter

Trotz zunehmender internationaler Aufmerksamkeit (aber auch Abwiegelung, was religiöse Aspekte des Terrors anbelangt) geht dieser unvermindert weiter. Einige aktuelle Beispiele:

Vermutlich islamistische Fulani entführten am Sonntag, dem 26. April, neun Christen, darunter sechs Schulkinder, nachdem sie im Verwaltungsbezirk Kachia (LGA) im südlichen Teil des Bundesstaates Kaduna im „Middle Belt“ Nigerias einen offenen Lastwagen überfallen hatten.

Ein weiteres Kind starb bei dem Versuch zu fliehen.

Das Fahrzeug beförderte die Kinder auf ihrem Rückweg zur Schule nach den Schulferien, als der Angriff stattfand. Christliche Familien aus dem Dorf Akwando hatten den Lastwagen gemietet, um 25 Kinder in die Stadt Kachia zu bringen, wo sie weiterführende Schulen besuchten.

Weniger als zehn Minuten nach Beginn der 18 Meilen langen Fahrt zwangen die Angreifer das Fahrzeug zum Anhalten.

In dem darauf folgenden Chaos sprangen 15 Kinder aus dem Fahrzeug und flohen, indem sie stundenlang zu Fuß zu den nächsten Ortschaften liefen; sechs wurden jedoch gefangen genommen, zusammen mit dem Lkw-Fahrer und zwei weiteren Erwachsenen.

Manasseh Samuel, Pressesprecher der Kuturmi Unity Development Association mit Sitz in Kachia, verurteilte den Angriff und sagte: „Dieser sinnlose Akt der Gewalt gegen unschuldige Reisende, insbesondere Schüler, ist zutiefst beunruhigend und inakzeptabel.“

In der Erklärung wurden die Entführten namentlich genannt, darunter sechs Schulkinder: Augustina Muntari, Happy Muntari, Favour Tanimu, Patience Joseph, Peace Irimiya und Bishara Irimiya. Der Fahrer, Irimiya Galadima, wurde ebenfalls entführt, ebenso wie die begleitenden Erwachsenen Fatu Danladi und Laraba Caleb.

Das Mädchen, das ums Leben kam, hieß Purity Babangida.

In der LGA Kachia kam es bereits Anfang April zu zwei Entführungen von Christen. Zwei Männer wurden getötet und sieben entführt, als islamistische Bewaffnete am 20. April in Awon einfielen. Am Ostersonntag, dem 5. April, griffen Islamisten Gottesdienste in zwei Kirchen in Ariko an, töteten sieben Gottesdienstbesucher und entführten weitere 31 Christen.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/islamists-abduct-six-christian-schoolchildren-three-adults-in-kaduna-sta/>

Nordkorea: Gefangene erhalten Menschenrechtspreis

ICC-Nachrichten & Berichte - Drei koreanische Missionare, die seit mehr als einem Jahrzehnt in Nordkorea inhaftiert sind, werden im August in Abwesenheit den Graciela-Fernandez-Mejjide-Menschenrechtspreis erhalten.

Die drei Männer – Choi Chun-gil, Kim Jong-Uk und Kim Kuk-gi – unterstützten nordkoreanische Überläufer und Untergrundkirchen im Nordosten Chinas, bevor nordkoreanische Agenten sie festnahmen und in Gefängnisse in Nordkorea brachten. Mit diesen Preisen werden Personen geehrt, die unter repressiven autoritären Regimes inhaftiert sind.

Der 62-jährige Missionar Kim Jong-Uk engagierte sich für nordkoreanische Flüchtlinge in China. Die Behörden verhafteten ihn 2013, nachdem er mit Bibeln nach Nordkorea eingereist war.

Pastor Kim Kuk-gi, 72, half nordkoreanischen Überläufern in China. Er wurde im Oktober 2014 verhaftet und wegen Spionage und Verbreitung religiöser Propaganda angeklagt.

Der Missionar Choi Chun-gil, 70, wurde im Dezember 2014 verhaftet, weil er religiöse und humanitäre Hilfsgüter an Nordkoreaner lieferte. Die Behörden klagten ihn wegen Spionage an.

Nordkorea verurteilte die drei Männer zu lebenslanger Haft in einem nordkoreanischen Arbeitslager. Die südkoreanische Regierung hat wiederholt die Freilassung der Missionare gefordert.

Die kommunistischen Behörden schicken Christen in Nordkorea ins Gefängnis und in Arbeitslager, wo sie ausgehungert, zu schwerer Arbeit gezwungen und gefoltert werden. Analysten schätzen, dass derzeit mehr als 30.000 Christen in diesen Lagern leiden. Nordkorea bestreitet die Existenz solcher Lager.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Pakistan: Gesetz zur Eindämmung von Kinderheirat verabschiedet

Die Provinzversammlung von Punjab in Pakistan hat am Montag (27. April) nach einer hitzigen Debatte zwischen Regierungs- und Oppositionsabgeordneten ein wegweisendes Gesetz zur Eindämmung von Kinderheirat verabschiedet.

Der „Punjab Child Marriage Restraint Bill 2026“ wurde mit Stimmenmehrheit angenommen, nachdem er von Parlamentsminister Mian Mujtaba Shujaur Rehman eingebracht worden war. Der Gesetzentwurf war zuvor am 13. April vom Ständigen Ausschuss für Kommunalverwaltung und Gemeindeentwicklung der Provinzversammlung gebilligt worden und tritt nach der Unterzeichnung durch den Gouverneur von Punjab, Saleem Haider Khan, in Kraft.

Verfechter christlicher Rechte begrüßten den Schritt und bezeichneten ihn als bedeutenden Fortschritt beim Schutz minderjähriger Mädchen aus Minderheiten vor sexueller Ausbeutung im Zusammenhang mit erzwungenen Religionswechseln und Ehen.

Das neue Gesetz gleicht die Rechtslage in Punjab an die Provinzen Sindh und Belutschistan sowie das Hauptstadtterritorium Islamabad an, die alle das gesetzliche Mindestheiratsalter auf 18 Jahre festgelegt haben. Khyber Pakhtunkhwa bleibt die einzige Provinz ohne eine ähnliche Gesetzgebung.

Der Gesetzentwurf ersetzt Bestimmungen des Gesetzes zur Einschränkung von Kinderheirat aus dem Jahr 1929, das Mädchen die Heirat mit 16 und Jungen mit 18 Jahren erlaubte, und legt das Mindestalter für beide Geschlechter auf 18 Jahre fest.

Die Abgeordneten verabschiedeten außerdem einstimmig eine Änderung, wonach das „Wohl des Kindes“ bei allen Verfahren im Rahmen des Gesetzes, einschließlich Ermittlungen, Kautions-, Urteilsverkündung und Sorgerechtsverfahren, vorrangig zu berücksichtigen ist. Der Änderungsantrag wurde vom christlichen Abgeordneten Ejaz Alam Augustine eingebracht und von Mitgliedern aller Parteien mitgetragen.

Er stellt ferner klar, dass ein in eine Ehe verwickeltes Kind nicht als Straftäter behandelt werden darf und dass eine angebliche Einwilligung eines Minderjährigen, insbesondere in Fällen von Nötigung oder Entführung, bei Sorgerechts- oder Schutzentscheidungen nicht als ausschlaggebend angesehen wird.

Der Gesetzentwurf stieß bei einigen Abgeordneten auf heftigen Widerstand, die argumentierten, er stehe im Widerspruch zu islamischen Grundsätzen und gesellschaftlichen Normen. Sie schlugen vor, den Gesetzentwurf an den Ausschuss zurückzuverweisen, doch die Versammlung lehnte den Antrag ab.

Die Informationsministerin von Punjab, Azma Zahid Bokhari, verteidigte den Gesetzentwurf und stellte die Frage, ob Kritiker eine frühe Heirat für ihre eigenen Töchter akzeptieren würden. Sie argumentierte, dass rechtliche Kohärenz erfordere, dass Entscheidungen über eine Eheschließung erst im Erwachsenenalter getroffen werden, und wies darauf hin, dass Bürger vor dem 18. Lebensjahr keine Verträge abschließen können.

Bokhari hob zudem die mit Frühehen verbundenen Gesundheitsrisiken hervor und betonte die Bedeutung psychischer und physischer Reife sowie einer ordnungsgemäßen Altersüberprüfung anhand offizieller Dokumente.

Der Abgeordnete der Finanzfraktion, Zulfiqar Ali Shah, warnte davor, Gesetzgebung über „gesellschaftliche Werte“ zu stellen, und äußerte Bedenken hinsichtlich der moralischen Implikationen einer Einschränkung von Frühehen. Bokhari wies diese Argumente zurück und verwies auf schädliche Praktiken wie den Einsatz von Mädchen zur Beilegung von Streitigkeiten. Sie wies zudem darauf hin, dass das Bundes-Scharia-Gericht zuvor ähnliche, in Sindh erlassene Gesetze bestätigt hatte.

Ein Vorschlag, alle Kinderehen für nichtig zu erklären, wurde zurückgezogen, nachdem Parlamentspräsident Malik Ahmed Khan unter Verweis auf rechtliche Komplexitäten – darunter den Status von Kindern aus solchen Ehen – weitere Beratungen forderte.

Ein weiterer Änderungsantrag, der darauf abzielte, den computergestützten nationalen Personalausweis (CNIC) als obligatorischen Altersnachweis festzuschreiben, wurde ebenfalls zurückgezogen, nachdem die Regierung versichert hatte, dass diese Anforderung in die Durchführungsbestimmungen aufgenommen werde.

Christliche Menschenrechtsgruppen begrüßten das Gesetz, wiesen jedoch darauf hin, dass eine wirksame Durchsetzung entscheidend sei.

Samson Salamat, Vorsitzender von Rawadari Tehreek (Bewegung für Gleichberechtigung), sagte, die Behörden müssten sicherstellen, dass Polizei und Gerichte solche Fälle mit Sensibilität behandeln, insbesondere wenn religiöse Bekehrungsargumente dazu benutzt werden, kriminelles Verhalten zu verschleiern.

„Wir würdigen die Regierung von Punjab dafür, dass sie einen Schritt in die richtige Richtung unternommen hat. Die eigentliche Bewährungsprobe wird jedoch darin bestehen, dieses Gesetz nach Buchstaben und Geist durchzusetzen. In dieser Hinsicht ist es wichtig, dass die Regierung sicherstellt, dass Polizei und Justiz in Fällen, die Mädchen aus Minderheiten betreffen, größere Vorsicht walten lassen, da diese Kinder unter dem Deckmantel der Religionskonversion ausgebeutet werden, wodurch aus einem Verbrechen eine religiöse Angelegenheit gemacht wird“, sagte Salamat gegenüber Christian Daily International-Morning Star News.

Tehmina Arora, Direktorin für Advocacy in Asien bei ADF International, bezeichnete das Gesetz als entscheidenden Schutzmechanismus und wies darauf hin, dass Kinderheirat gegen internationale Menschenrechtsstandards verstößt, darunter die UN-Kinderrechtskonvention und das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau.

„Wir gratulieren der Regierung von Punjab und allen zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich für dieses Anliegen eingesetzt haben, zur historischen Verabschiedung dieses Gesetzes“, sagte Arora in einer Erklärung gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „Dies ist ein Meilenstein nicht nur für die Provinz Punjab, sondern für jedes Mädchen in ganz Pakistan, dessen Recht auf Kindheit, Bildung und ein Leben frei von erzwungener Frühehe viel zu lange verweigert wurde.“

Sie betonte, dass das Gesetz zwar einen bedeutenden politischen Wandel markiere, seine Wirksamkeit jedoch von einer konsequenten Durchsetzung und institutioneller Rechenschaftspflicht abhängt.

Am 22. April forderten auch vom UN-Menschenrechtsrat ernannte unabhängige Experten Pakistan auf, seine Bemühungen gegen Zwangskonvertierungen und Kinderheirat zu verstärken. Sie empfahlen, das Mindestheiratsalter landesweit anzuheben, erzwungene Religionswechsel unter Strafe zu stellen und durch rasche Ermittlungen für Rechenschaftspflicht zu sorgen.

Der „Punjab Child Marriage Restraint Bill 2026“ sieht strenge Strafen für diejenigen vor, die an Ehen mit Minderjährigen beteiligt sind. Kinderheirat wird als strafbare Handlung eingestuft, die ohne Kautio und ohne Vergleichsvereinbarung verfolgt wird. Personen, die solche Ehen schließen, ermöglichen oder fördern, drohen bis zu sieben Jahre Haft und Geldstrafen von bis zu 1 Million pakistanischen Rupien (3.500 US-Dollar).

Heiratsregistratorinnen, sogenannte nikah khawans, dürfen keine Ehen mit Minderjährigen registrieren. Verstöße werden mit bis zu einem Jahr Haft und Geldstrafen von 100.000 Rupien (357 US-Dollar) geahndet.

Erwachsene, die Minderjährige heiraten, müssen mit zwei bis drei Jahren Freiheitsstrafe und Geldstrafen von bis zu 500.000 Rupien (1.787 US-Dollar) rechnen. Das Zusammenleben infolge einer Kinderheirat wird als Kindesmissbrauch behandelt und ist mit fünf bis sieben Jahren Haft und einer Geldstrafe von mindestens 1 Million Rupien strafbar, unabhängig von einer angeblichen Einwilligung.

Das Gesetz stellt auch den mit der Ehe verbundenen Kinderhandel unter Strafe und macht Eltern oder Erziehungsberechtigte haftbar, die Ehen mit Minderjährigen ermöglichen oder nicht verhindern. Solche Straftaten werden mit zwei bis drei Jahren Haft und Geldstrafen von bis zu 500.000 Rupien geahndet.

Alle Fälle nach diesem Gesetz werden vor den Session Courts verhandelt und müssen innerhalb von 90 Tagen abgeschlossen sein – eine Maßnahme, die darauf abzielt, die Rechtsprechung zu beschleunigen.

Pakistan belegte auf der „World Watch List 2026“ von Open Doors den achten Platz unter den 50 Ländern, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein. Der Bericht nennt Zwangskonvertierungen, Entführungen und Lücken im Rechtsschutz als zentrale Probleme.

<https://morningstarnews.org/2026/04/bill-to-curb-child-marriage-passes-in-punjab-pakistan/>

Russland: Erneuter Schuldspruch gegen buddhistischen Leiter

14 religiöse Leiter und Aktivisten sowie das Projekt „Christians against War“ auf die Liste ausländischer Agenten gesetzt, umfassende Internetzensur

Die Neuverhandlung gegen einen buddhistischen Leiter wegen der Verbreitung angeblich falscher Informationen über die russischen Streitkräfte endete am 28. April, wobei ein Moskauer Gericht erneut einen Schuldspruch fällte. Ilja Wassiljews ursprüngliche Verurteilung und die achtjährige Haftstrafe wurden im Oktober 2025 aus formalen Gründen aufgehoben. Dieses Mal wurde er zu sechs Jahren Haft sowie zu einem Verbot, „Websites zu verwalten“, verurteilt. Wassiljews Anwalt, Gevorg Aleksanjan, hat bereits Berufung eingelegt. Es ist unklar, warum der neue Richter eine kürzere Strafe verhängte. Unterdessen bleibt der 52-jährige Wassiljew in Haft im Moskauer Gefängnis Matrosskaja Tschischina, wo er seit seiner Festnahme im Juni 2024 den Großteil der vergangenen 22 Monate verbracht hat.

Wassiljew musste sich vor dem Bezirksgericht Preobraschenski in Moskau wegen eines angeblichen Verstoßes gegen Artikel 207.3 des Strafgesetzbuchs verantworten („Öffentliche Verbreitung wissentlich falscher Informationen über den Einsatz der Streitkräfte der Russischen Föderation“), Teil 2, Absatz d („aus politischen, ideologischen, rassischen, nationalen oder religiösen Hass- oder Feindschaftsgründen oder aus Hass oder Feindschaft gegenüber einer sozialen Gruppe“). Anlass war ein englischsprachiger Facebook-Beitrag (laut seinem Anwalt „ausschließlich aus religiöser Überzeugung verfasst“) über einen russischen Raketenangriff auf die ukrainische Stadt Cherson im Jahr 2022.

„Ein Staatsanwalt, der Zen nicht versteht, ist im Zusammenhang mit einem Gespräch zwischen Buddhisten über religiöse Themen eingeschritten und bringt die Angelegenheit nun vor Gericht“, sagte Wassiljew am 23. April 2026 in der Verhandlung. „Einige Menschen wollen Buddhisten dazu drängen, auf der Seite des einen oder anderen Führers zu kämpfen. Aber es gibt keine Gürtelschnallen von Soldaten mit der Aufschrift: ‚Buddha ist mit uns‘“.

„Als ich das buddhistische Gelübde ablegte, gelobte ich, die Wahrheit zu sagen. Und wenn die Menschen hier anfangen, zu behaupten, dass das, was ich sage, eine Lüge sei, dann ist das natürlich eine große Herausforderung für mich“, fügte Wassiljew in seiner letzten Rede am 27. April hinzu.

„Diese letzten sechs Monate waren schwierig für mich. Aber auch wenn das Gericht darauf besteht, dass ich ein Verbrechen begangen habe, werde ich natürlich weiterhin die Wahrheit sagen. Wir werden uns weiter verteidigen und meine Freilassung anstreben“.

„Ich habe sechs Jahre dafür bekommen, dass ich eine Weihnachtskarte auf Facebook geteilt habe“, schrieb Wassiljew in einem offenen Brief an Unterstützer am 29. April. „Das ist deutlich weniger als die acht Jahre, die sie mir vor einem Jahr gegeben haben. Das ist ein großer Erfolg für euch, dass ihr nicht aufgegeben und mir geholfen habt. Ich bin zuversichtlich, dass wir mehr erreichen können, nämlich einen vollständigen Freispruch vor Gericht, und ich hoffe, dass diese Phase weniger Zeit in Anspruch nehmen wird. Nach meiner Freilassung beabsichtige ich, meinen Weg zum Zen-Mönchtum fortzusetzen Ich würde mich freuen, wenn sich einige von euch weiterhin für die Freilassung anderer Gewissensgefangener und die Wiederherstellung der Meinungsfreiheit in Russland engagieren.“

In ihrem Schlussplädoyer stellte Wassiljews Pflichtverteidigerin Anna Tugolukova dem Gericht die Frage: „Hat die Stimme des Mitgefühls das Recht, in unserer Gesellschaft gehört zu werden? Oder wird jeder Aufruf zur Beendigung der Gewalt mit der Stimme eines Feindes gleichgesetzt?“

Obwohl es in Russland registrierte und somit legale buddhistische Organisationen gibt, behaupten die Strafvollzugsbehörden, es gebe keine Möglichkeit für einen Besuch durch einen Vertreter der buddhistischen Gemeinschaft.

Am 24. März verurteilte das Bezirksgericht Gagarin in Moskau die orthodoxe Journalistin Kseniya Lutschenko nach derselben Gesetzesstelle wegen eines Telegram-Beitrags, in dem sie einen russischen Raketenangriff auf ein Kinderkrankenhaus in Kiew im Juli 2024 verurteilte und in diesem Zusammenhang auf die von den Behörden behauptete Förderung sogenannter „traditioneller Werte“ durch den russischen Staat und das Moskauer Patriarchat hinwies. Die Verurteilung zu 8 Jahren Haft erging in Abwesenheit.

Noch vor Beginn des Strafverfahrens hatten die Behörden ihren Namen auf die Bundes-Fahndungsliste des Innenministeriums, die „Liste der Terroristen und Extremisten“ der Bundesbehörde für Finanzüberwachung (Rosfinmonitoring) sowie in das Register der „ausländischen Agenten“ des Justizministeriums gesetzt.

Obwohl Lutschenko Russland bereits 2022 verlassen hat, können diese Maßnahmen – und nun auch ihre strafrechtliche Verurteilung – dennoch Konsequenzen haben. Dazu gehören das Risiko einer Auslieferung, falls sie in einen Staat mit einem bilateralen Auslieferungsabkommen mit Russland reist, sowie mögliche Probleme bei Bankgeschäften in westlichen Ländern aufgrund ihrer Aufnahme in die Rosfinmonitoring-Liste.

Am 27. März 2026 nahm das russische Justizministerium das Projekt „Christians Against War“ in sein Register der „ausländischen Agenten“ auf – wegen angeblicher Verbreitung „falscher Informationen über Entscheidungen und die Politik russischer Regierungsorgane sowie über die Russische Orthodoxe Kirche“.

„Christians Against War“ wurde kurz nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine im Jahr 2022 gegründet, um die Verfolgung von Gläubigen zu dokumentieren, die sich in Russland, Belarus, Kasachstan und den von Russland besetzten Gebieten der Ukraine gegen den Krieg aussprechen.

Die zunehmend verschärfte Internetzensur hat dazu geführt, dass Websites und Materialien gesperrt wurden wegen „extremistischer“ Inhalte, Opposition gegen Russlands Krieg gegen die Ukraine aus religiösen Gründen, oder Verbreitung von Materialien zur Unterstützung von LGBT+-Personen in religiösen Gemeinschaften. Gesperrt wurden auch ukrainische religiöse Websites; Social-Media Beiträge von Personen, gegen die ein Strafverfahren läuft; sowie Nachrichten- und NGO-Seiten, die über Verletzungen der Religions- oder Weltanschauungsfreiheit berichten.

Das Justizministerium hat außerdem mindestens 14 religiöse Leiter und Aktivisten in sein Register sogenannter „ausländischer Agenten“ aufgenommen, größtenteils aus Gründen im Zusammenhang mit ihrer Opposition gegen die Invasion der Ukraine.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 1. Mai 2026)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der EAÖ

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]